

Herrn
 Präsidenten des Nationalrates
 Mag. Wolfgang Sobotka
 Parlament
 1017 Wien

Geschäftszahl: BMBWF-10.000/0057-Präs/9/2019

Die schriftliche parlamentarische Anfrage Nr. 3053/J-NR/2019 betreffend Produkte in denen ausbeuterische Kinderarbeit steckt, die die Abg. Eva Maria Holzleitner, BSc, Kolleginnen und Kollegen am 7. März 2019 an mich richteten, wird wie folgt beantwortet:

Zu Fragen 1 und 2 sowie 6:

- *Achtet das Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Forschung bei ihren Anschaffungen von diversen Produkten auf fairen Handel - und dass diese Produkte frei von ausbeuterischer, gesundheitsschädigender Kinderarbeit sind? Wenn ja, inwiefern? Auf welche Gütezeichen wird geachtet? Wenn nein, warum nicht und ist dies angedacht?*
- *Was wird seitens des Ministeriums für Bildung, Wissenschaft und Forschung konkret gegen ausbeuterische und gesundheitsschädigende Kinderarbeit unternommen?*
- *Welche Maßnahmen seitens des Ministerium gibt es bzw. sind geplant, um ausbeuterische, gesundheitsschädigende Kinderarbeit weltweit zu reduzieren bzw. komplett zu unterbinden?*

Österreich bzw. die Vollziehung sehen sich an internationale Konventionen und nationale Bestimmungen, die sich gegen Kinderarbeit richten, gebunden und halten diese selbstverständlich ein. Bei Beschaffungen im Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Forschung hält sich das Ministerium an den „Österreichischen Aktionsplan zur nachhaltigen öffentlichen Beschaffung“ (<http://www.nachhaltigebeschaffung.at/nabe-aktionsplan>). Die dort genannten Kernkriterien umfassen ökologische, ökonomische und soziale Aspekte, wodurch vermieden werden soll, dass Produkte aus problematischer Herkunft angeschafft werden.

Zu Fragen 3 bis 5:

- *Welche Informationen werden zum Thema ausbeuterische, gesundheitsschädigende Kinderarbeit seitens des Ministeriums bereitgestellt? Wenn ja, sind diese auch kindgerecht aufbereitet?*
- *Gibt es derzeit eine Kampagne betreffend ausbeuterische, gesundheitsschädigende Kinderarbeit seitens des Ministeriums oder ist eine solche geplant?*
- *Welche Maßnahmen gibt es in Schulen, um die Kinder und Jugendlichen auf das Thema aufmerksam zu machen und dementsprechend zu sensibilisieren?*

Für den Zuständigkeitsbereich des Bundesministeriums für Bildung, Wissenschaft und Forschung besteht zum Thema Kinderrechte ein umfangreiches Lehr- und Lernangebot des Bundesministeriums sowie der in seinem Auftrag arbeitenden Serviceeinrichtung Zentrum polis – Politik Lernen in der Schule (<https://www.politik-lernen.at>). Mit dem Fokus auf Kinderarbeit wird im Besonderen auf „polis aktuell 11/2014: Kinderrechte sind Menschenrechte, aktual. 2015“ (mit einem speziellen Artikel zum Verbot der Kinderarbeit, Übungen und Stundenbildern) und „Compasito – Handbuch zur Menschenrechtsbildung mit Kindern“ (mit Übungen und Stundenbildern zu Kinderrechtethemen, Institutionen und Organisationen, Dokumenten und Menschenrechtsinstrumenten) hingewiesen. Diese Materialien stehen online als Unterrichtshandreichungen für Lehrpersonen zur Verfügung und dienen der Sensibilisierung im Unterricht. Sie sind so aufbereitet, dass sie altersgerecht angewendet werden können. Lehrpersonen sollen dabei unterstützt werden, zu aktuellen Fragestellungen aus der Lebenswelt der Kinder und Jugendlichen rasch auf gut geeignete und didaktisch aufbereitete Anregungen für den Unterricht zugreifen zu können. Thematisiert wird das Thema „Kinderarbeit“ im Rahmen der Politischen Bildung. Seitens des Bundesministeriums für Bildung, Wissenschaft und Forschung werden zudem regelmäßig in den „Nachrichten zur Politischen Bildung“ auf der Website des Ministeriums Online-Hinweise zu aktuellen Fragestellungen platziert. Damit soll auf der Bildungsebene auf allen Altersstufen eine starke Sensibilisierung für Politische Bildung im Allgemeinen, aber auch gegen Aspekte der Kinderarbeit geleistet werden. Da diese Unterrichtshandreichungen bzw. Angebote kontinuierlich bzw. permanent angelegt sind, werden spezifische Informationskampagnen derzeit nicht durchgeführt bzw. sind solche derzeit auch nicht geplant.

Wien, 2. Mai 2019

Der Bundesminister:

Univ.-Prof. Dr. Heinz Faßmann eh.

